

Konstruierte Anklagen gegen politische AktivistInnen in den Philippinen

Das Justizsystem der Philippinen versagt nicht nur bei der Aufarbeitung und Verfolgung von Verbrechen an politischen AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen. Es wird auch selbst systematisch missbraucht, um diese mundtot zu machen und ihre Arbeit zu behindern. Dies geschieht durch die gezielte Kriminalisierung von MenschenrechtsverteidigerInnen und ihrer Aktivitäten.

Die Kriminalisierung von AktivistInnen nimmt mehrere Formen an. Sie reichen von der missbräuchlichen Auslegung bestehenden Rechts mit der einzigen Intention, politische Aktivitäten zu unterbinden, über die gezielte Diffamierung bis zur Verhaftung ohne jegliche Rechtsgrundlage und der Anklage unter fadenscheinigen Gründen.

Statistiken philippinischer Menschenrechtsorganisationen zufolge sind unter der Regierung Aquino bisher ca. 350 Menschen Opfer illegaler Verhaftungen und anschließender Inhaftierung geworden. Berücksichtigt man die Fälle der vorigen Amtszeiten, so sind landesweit zwischen 300 und 400 politische Gefangene in Haft. In den letzten Jahren haben systematische Einschüchterungsversuche gegenüber AktivistInnen und MenschenrechtsverteidigerInnen stetig zugenommen. Die philippinische Menschenrechtskommission *Commission on Human Rights* (CHR) spricht deshalb sogar von einer »juristischen Offensive« gegen (meist linke) politische AktivistInnen.

Eine besonders perfide Form der Kriminalisierung liegt vor, wenn AktivistInnen mit konstruierten Anklagen, so genannten *fabricated cases* oder *trumped-up charges*, belastet werden. Die Drahtzieher der falschen Anklagen machen sich dabei das dysfunktionale Justizsystem mit seinen lang währenden und für die Angeklagten kostspieligen Prozessen zunutze. Weil Gerichte wegen ihrer Überlastung

mit Fällen und des Mangels an Richtern oft nur in unregelmäßigen Abständen tagen, ziehen sich Prozesse über mehrere Jahre hin. Werden die Angeklagten bestimmter Verbrechen (z. B. Mord, terroristische Anschläge, Raub) beschuldigt, für die keine Kaution hinterlegt werden kann, bleiben sie deshalb auf unabsehbare Zeit in Untersuchungshaft. Selbst offensichtlich falsche Anklagen führen deshalb in der Regel zu mehreren Jahren Haft. Dies erklärt auch, warum sich Unschuldige oft gezwungen sehen unterzutauchen.

Ein verbreiteter Modus Operandi konstruierter Anklagen ist die Verwendung von John/Jane Doe Haftbefehlen. Dabei wird im Fall eines Verbrechens, etwa eines Mordes oder eines Bombenanschlags, Anklage gegen unbekannt – im Englischen »John Doe« – erlassen, oft gegen Dutzende Unbekannte gleichzeitig. Obwohl der philippinische Oberste Gerichtshof bereits 1925 entschied, dass Anklagen gegen unbekannt nur dann erhoben werden dürfen, wenn diese eine genaue Beschreibung der Angeklagten beinhalten, wird dies oft nicht eingehalten. Diese Namensplatzhalter können dann nach Belieben durch die Namen missliebiger AktivistInnen ersetzt werden.

Ob in Untersuchungshaft oder im Untergrund, in jedem Fall haben die Drahtzieher/innen der falschen Anklagen ihr Ziel erreicht: Das Opfer muss seine politischen Tätigkeiten einstellen und wird so ruhig gestellt. Diesen Effekt haben falsche Anklagen nicht nur auf den Angeklagten selbst. Sie zeigen auch eine unmittelbare, abschreckende Wirkung auf andere, die sich für politisch sensible Themen einsetzen. So reicht oft ein Verfahren gegen den Kopf einer lokalen Bürgerbewegung, um diese vollständig stillzulegen. Dieses strategisch rechtliche Vorgehen gegen öffentliche Partizipation wird im philippinischen Kontext deswegen *Strategic Legal Action Against Public Participation* oder kurz SLAPP genannt.

»SLAPPs are attempts to bully people into political submission through inordinate demands. Their purpose is to terrify and enmesh. Even if they stand no chance of success, they ensure that campaigners who might otherwise have been trying to protect the environment or to defend workers' rights are instead snarled up in the courts. [...] Those who might have joined the campaign are frightened off. Those who might have become active in other campaigns avoid politics altogether for fear of the consequences. Their absence impoverishes democracy.«

George Monbiot, *The Guardian*, 25.2.2013

Anmerkungen

- > Der Beitrag ist ein Auszug aus der Broschüre *Menschenrechte in den Philippinen – Anspruch und Wirklichkeit*. Hrsg. Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen, Januar 2014
- > Abrufbar unter: http://www.asienhaus.de/menschenrechte-philippinen/tl_files/aktionsbueundnis/dokumente/eigene%20Publikationen/AMP_2014_Menschenrechte_in_den_Philippinen_Anspruch_und_Wirklichkeit.pdf